

BLICKPUNKT

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Nr. 02

September 2016

Jahrgang 45

„Die Waffen nieder – Abrüstung statt Sozialabbau“



Unter diesem Motto ruft die Friedensbewegung zu einer Demonstration am 8. Oktober nach Berlin auf.

Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

Diese antwortet mit einer riesigen Werbekampagne für mehr Nachwuchs an der Waffe. Während viele Jugendliche ohne Ausbildung, Studium oder auskömmlichem Job bleiben, lockt die Bundeswehr mit Karriere und Geld – und schickt die Soldaten in gefährliche Einsätze.

Beim Wettbewerb um den Titel des größten Kriegstreibers will die deutsche Regierung endlich aus dem Schatten der USA treten. Schrittweise wird der Militärhaushalt bis 2020 auf über 39 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Das neue „Weißbuch“ der Bundeswehr benennt als entscheidende Auseinandersetzungen der Zukunft „Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Absatzmärkte“. An denen soll sich die Bundeswehr führend beteiligen, damit Deutschland seine Stellung als viertgrößte Wirtschaftsmacht nicht einbüsst.

Für dieses Machtstreben müssen wir teuer bezahlen. Die Rüstungsmilliarden gehen automatisch zu Lasten anderer öffentlicher Ausgaben.

Gewerkschaft ver.di fordert 160 000 zusätzliche Stellen im Gesundheitssystem, um den Personalmangel zu beenden. Mieterinitiativen und -vereine fordern den Bau hunderttausender neuer Wohnungen jährlich, um Wohnungsnot und Mietenwahnsinn zu stoppen.

Stattdessen sollen der Bundeswehr Kriegsgeräte in Höhe von 130 Milliarden Euro geschenkt werden.



Die DKP sagt NEIN zu diesem Kriegsprogramm.

Wir sagen JA zu einer Politik, die Frieden in Europa und der Welt gewährleistet.

Kindergartengebühren steigen schon wieder!



In seiner letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause wurde über den „Bedarfsplan für die Betreuung von Kindern“ diskutiert und abgestimmt. Im Beschlussantrag mit 8 Punkten befasste sich der Letzte mit der Erhöhung der Elternbeiträge, die im Kindergarten **um 3 Prozent** und für Kleinkinder **um 10 Prozent angehoben werden sollen.**

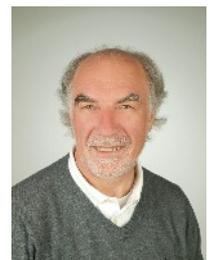
DKP-Stadtrat Reinhard Püschel kritisierte diese Erhöhungen und erinnerte daran, dass die Beiträge schon im vergangenen Jahr angehoben wurden.

Die Stadt mache bei der Kinderbetreuung eine gute Arbeit. Das berechtige aber nicht, ständig die Beiträge zu erhöhen.

Nach Auffassung der DKP sei die Bereitstellung von Kindergartenplätzen eine grundlegende Aufgabe. Es gehe um die Unterstützung von Familien, die letztendlich für die Weiterentwicklung der Stadt wichtig sind. Püschel: Ein **kostengünstiges** bzw. ein **kostenfreies** Kindergartenangebot wäre neben dem FCH und den Opernfestspielen auch ein „Leuchtturm“ um Heidenheim bekannt zu machen.

Die Stadträte Püschel (DKP) und Fandrich (Die Linke) stellten den Antrag, den Punkt 8 gesondert abstimmen zu lassen.

Gegen eine Erhöhung stimmten letztendlich nur **4** Stadträte/innen.



Megastaudamm Belo Monte bald fertig. Brutale Globalisierung des Kapitals funktioniert.

Voith-Konzernchef Dr. Lienhard sagte in einem Interview in der HZ am 20. April 2016: „Belo Monte ist ein gutes Projekt, das den Aufwand und auch die Umsiedlungen lohnt“.

Doch genau das Gegenteil zeigt der Doku-Film „Countdown am Xingu -5“ von Martin Kessler.



Für Belo Monte wurden 40 000 Menschen zwangsumgesiedelt,

30 000 Arbeiter waren in der Hochphase beim Bau des Staudamms angestellt. Jetzt sind 20 000 entlassen.

„Ohne Korruption wäre Belo Monte nicht gebaut worden“, sagt Bischof Kräutler. „Sie haben den nahe gelegenen Ort Altamira zur gewalttätigen Stadt gemacht; mit ihnen tobt das Chaos“.

Mit der Arbeitslosigkeit steigt die Kriminalität. „Man nennt uns Drogendealer und Diebe“ sagt einer der jungen Männer im Film lakonisch.

In der einst idyllischen Amazonasgegend machen sich Resignation und Armut breit.

Was hierzulande von den Managern als „sauber“ gepriesen wird, ist dort schmutzige Realität:

Bombastische Industrieanlagen, überflutete Dörfer, vertriebene Menschen.

Der Urwald wird unter gewaltigem Baulärm gerodet, ganze Inseln werden versenkt.

Bei Regen droht Überschwemmung.

Die versprochene Entschädigung bleibt aus.

Vorbei die Zeit beschaulicher Sonnenuntergänge nach getaner Arbeit.

Wie sagte doch Dr. Lienhard: „An Wasserkraft führt gerade in Schwellenländern kein Weg vorbei“. Soll heissen, *an Profit führt kein Weg vorbei*.

Den Reichen geben, den Armen nehmen?

Mehr Beschäftigung und Lohnerhöhungen sorgen bei den gesetzlichen Krankenkassen für mehr Einnahmen. Trotzdem sollen die Beitragssätze erhöht werden. Das trifft vor allem die Arbeitnehmer. Schuld daran ist die CDU/SPD geführte Bundesregierung, weil sie zu Lasten der Arbeitnehmer und Rentner unsinnige Reformen durchdrückt und dadurch die Kosten vergrößert. Auch den Flüchtlingen wird eine Mitschuld zugewiesen. Das ist aber unfair, denn so lange sie nicht als Asylanten anerkannt sind, trägt der Staat die vollen Kosten ihrer ärztlichen Betreuung. Das gefällt aber dem Finanzminister Schäuble nicht, denn der will seine „schwarze Null“ durchziehen, also Kosten sparen. Für alle Empfänger von Arbeitslosengeld II, egal ob Deutsche oder Ausländer, überweist Schäuble nur 90 € pro Monat an die Krankenkassen. Das reicht bei weitem nicht. Allein in diesem Jahr gibt es eine Deckungslücke -ganz unabhängig von Asylberechtigten- von 2,3 Mrd. €.

Würde Schäuble dafür einspringen, müssten die Beiträge nicht erhöht werden.

Ganz anders verhält sich die Regierung bei der Erbschaftssteuer der Reichen.



Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende Dezember 2014 wesentliche Teile der bislang gültigen Steuervergünstigungen für Firmenerben gekippt und die Bundesregierung zu Änderungen aufgefordert. Es sollen nur kleine und mittlere Familienunternehmen bei der Erbschaftssteuer vollständig entlastet werden. Die Regierung aber tat nichts und so können die großen Unternehmen ohne konkrete Bedürfnisprüfungen von der Erbschaftssteuer weiter verschont bleiben.

Bürgerinitiativen werden nicht respektiert

Der „Flächennutzungsplan“ wurde vom Gemeinderat nach acht Jahren lebhafter Diskussionen und Einwände der Bürgerinnen und Bürger gegen die Stimmen der Grünen und der DKP beschlossen. Bürgerinnen und Bürger haben mit hunderten Unterschriften gegen Bebauungspläne, die ihrer Meinung nach zur Zerstörung der Umwelt führen, ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Aber auch Empfehlungen seitens Regierungspräsidium oder Landratsamt wurden von der Stadtverwaltung nicht anerkannt.

Ohne Diskussion aber ging die Verabschiedung des Planes auch diesmal nicht über die Bühne. So wurde den Grünen vorgeworfen, dass es ein „starkes Stück“ sei, als grosse Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen zu wollen.

Den sich wehrenden Bürgern und Bürgerinnen warf man „Einzelinteressen“ vor, es seien keine „Allgemeininteressen“. DKP-Stadtrat R. Püschel entgegnete, dass Stadträtinnen und Stadträte von der Bevölkerung gewählt wurden und dass diese sehr wohl selber entscheiden können ob einem Antrag zugestimmt oder er abgelehnt wird. Püschel stellte zudem fest, dass von den 23 Einwänden, die gegen den Flächennutzungsplan zur Diskussion standen, allein 17 von der Stadtverwaltung nicht anerkannt wurden.

„Welche Interessen vertreten wir denn als Gemeinderatsgremium?“, wollte Püschel wissen.

60 Jahre Verbot der KPD

Am 17. August 1956 - gerade 11 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus- wurde die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) verboten. Die 1918 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit gegründete KPD war bereits unter Hitler 12 Jahre verboten gewesen. Von den rund 300 000 Mitgliedern waren ca. 150 000 in KZs oder Zuchthäuser gesperrt und ca. 30 000 umgebracht worden.

Das Verbotsurteil von 1956 hing untrennbar zusammen mit der von den USA und NATO betriebenen Politik des Kalten Krieges gegen die im 2. Weltkrieg weitgehend verwüstete Sowjetunion und der Spaltung Deutschlands nach 1945.

Bis heute ist die BRD der einzige Staat Westeuropas, in dem die Kommunistische Partei verboten ist – trotz Zulassung der DKP von 1968. Das KPD-Verbot ist bis heute ein wichtiger politischer Hebel zur Spaltung des Widerstands, vor allem gegen die Militarisierung und Weltmachtansprüche Deutschlands.

Das KPD-Verbot erlebte seine „Modernisierung“ durch die Politik der von Willy Brandt initiierten Berufsverbote der 70er und 80er Jahre. Erneut waren Zigtausende von „politischen“ Anhörungen, Verfassungsschutzermittlungen und Entlassungen betroffen.

Das verfassungswidrige KPD-Verbot muss aufgehoben werden!

Die Opfer müssen rehabilitiert und entschädigt werden!
Demonstration und Kundgebung:

10. Sept. 2016 – Karlsruhe, Ludwigplatz, 15.00 Uhr



Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

Bald ist es wieder soweit:

Die Haushaltsberatungen für 2017
stehen vor der Tür.

Für 2016 wurden sie abgelehnt - die Anträge
des Oggenhauser Ortschaftsrats.

- Die Toilettenanlagen im Oggenhauser Rathaus sind veraltet und unansehnlich und müssen dringend renoviert und entsprechend umgebaut werden.
- Eine zusätzliche Bushaltestelle muss für die neuen Wohngebiete geschaffen werden!

Diese Anträge werden von R. Püschel gestellt,
bzw. unterstützt!

Brenzbahn - Pannen häufen sich

Die Nerven vieler Reisenden
sind blank gelegt.

Verspätungen, Zugausfälle,
defekte Schranken sind Normal-

zustand. erinnern wir uns: Als
es darum ging, Stuttgart 21,

also den Tiefbahnhof in
Stuttgart zu bauen, haben uns

Bahnvertreter und Politiker aus
unserem Kreis versprochen,

dass mit S21 auch die Brenz-

bahn profitieren würde. Heute
wissen wir, dass der Ausbau des Stuttgarter

Bahnhofs nicht wie damals angegeben 2,8 Mrd.
Euro, sondern 10 Mrd. Euro kosten wird. Auf diese

Summe kommt der Bundesrechnungshof in seiner
Kosteneinschätzung. Die S21-Gegner haben also

Recht gehabt und vor dem Bau des Tiefbahnhofs
gewarnt. Einer der Gegner war DKP-Stadtrat

Reinhard Püschel. Der Stuttgarter Bahnhof, so in
einem Presseartikel in der Heidenheimer Zeitung,
werde ein Milliardengrab. „Es werde kein Geld mehr

übrig bleiben für die Modernisierung der Brenzbahn“.

Wenn damals bei der „Volksabstimmung“ im Jahr
2011 die Menschen dies gewusst hätten, wäre die

Abstimmung gewiss anders verlaufen. Mit falschen
Zahlen und Lügen aber hat man sie hereingelegt. Die

enormen Kosten müssen sie jetzt tragen.
Verantwortlich dafür sind auch Heidenheimer

Kommunalpolitiker, weil sie Werbung für das
Milliardengrab S21 machten. Man kann noch immer
das Projekt auf Eis legen und somit Milliarden Euro

sparen.



Wilhelm Benz
DKP- Kreisvorsitzender

marxistisch · kritisch · analytisch



UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 47 78 89 23 · www.dkp.de

Mieten müssen bezahlbar sein!

Deshalb sozialer, kommunaler Wohnungsbau!

Die Spatzen pfeifen es schon seit Jahren von den Dächern unserer Stadt. Die DKP-Heidenheim und ihr Stadtrat Reinhard Püschel sagen es laut: Der soziale Wohnungsbau zählt zu den kommunalen Kernaufgaben und gilt deshalb als kommunale Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger! Das Pfeifen für diese Forderung wird immer lauter. Daher ist zu hoffen, dass die politische Taubheit in der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat endlich ein Ende hat. Hoffnungen gab es, als der Oberbürgermeister schon im letzten Jahr erkennen ließ, dass in Heidenheim über den sozialen Wohnungsbau nachzudenken sei. Bei der Gemeinderatssitzung am 30. Juni 2016 hätte der Gemeinderat einen grundlegenden Anfang machen und eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen können. Stattdessen wurde eine Wohnungsbau GmbH beschlossen, in der wohl der Oberbürgermeister und ein paar Gemeinderatsmitglieder vertreten sind, aber die Wohnungspolitik im wesentlichen von einer Gesellschafterversammlung bestimmt wird. Dies war auch der Kritikpunkt von DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, der damit eine wirkliche Mitbestimmung durch das Gemeinderatsgremium und der Öffentlichkeit nicht gegeben sieht.

**400.000
neue Wohnungen
notwendig**

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Diese Ansicht vertritt die DKP schon immer. Ihre Grundlagen und Forderungen sind: Die dauerhafte Sicherung von Wohnungen im sozialen Mietwohnungsbau, der zudem in kommunaler oder genossenschaftlicher Regie und Bauträgerschaft betrieben werden muss. Da solche Bauträger nicht der Profitlogik unterstellt sind, im Gegensatz zur Gagfah, können sie durchaus die Aufgabe einer „Mietpreisbremse“ haben. Im „Sanierungsgebiet Oststadt „oder auch im Baugebiet „Am Hardtwald“ („Klein Zürich“) könnte das realisiert werden.

Gemeinnützigkeit wieder herstellen!

Die ursprüngliche Gemeinnützige Baugesellschaft Heidenheim (GBH) hatte sich gegründet, um günstigen Wohnraum für Arbeiterfamilien zu schaffen. Das passte vielen Immobilienunternehmen nicht. Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit durch die CDU/FDP Regierung 1987/88 wurde ein wesentliches Grundrecht der Sozialstaatlichkeit aufgegeben und so das Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum der Profitlogik und den Wohnungsspekulanten preisgegeben. Beispielgebend für Heidenheim ist der Wohnungsriese Gagfah.

Die Gemeinnützigkeit ist das Gegenteil von Eigennützigkeit.

Die DKP schlägt deshalb vor, die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag zu nutzen um die „Gemeinnützigkeit“ wieder zu erlangen. Der Gemeinderat ist daher aufgefordert, entsprechende Vorlagen und Beschlüsse zu fassen und den Oberbürgermeister zu ermächtigen, die Anträge einzubringen.



Finanzielles Problem im Klinikum bleibt.

Seit 30 Jahren wird an der Reform des Gesundheitswesens herumgedoktert. Trotz der vielen Versprechungen seitens der Regierenden bleibt es im finanziellen Dreck hängen. Anstatt zu helfen, haben sie das Gesundheitswesen der kapitalistischen Profitlogik unterworfen. Beiträge wurden erhöht, Zusatzbeiträge eingeführt und Leistungen eingeschränkt. Mit dem neuen Krankenhausstrukturgesetz sollte sich das Problem ändern. Hat es aber nicht. Im Gegenteil: Der Druck durch die Ausbeutung der Beschäftigten und die Profitorientierung des Krankenhausbetriebes wurde verschärft. Ungebremst wird der Marsch in Richtung noch mehr Markt und Wettbewerb fortgesetzt. Dies macht eine solide Finanzplanung unmöglich und verschärft die Konkurrenz der Krankenhäuser untereinander. Ein Grundübel war die Einführung der Fallpauschalen als Preissystem und dass in Krankenhäuser Gewinne (und damit auch Verluste) zugelassen wurden. Gesundheitsvorsorge gehört aber zu den wichtigsten Grundrechten der Menschen. Es darf also kein Profit auf Kosten der Patienten gemacht werden. Seit 1972 sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Bundesländer für die Finanzierung der Investitionskosten für Krankenhäuser zuständig, die in den Landeskrankenhausbedarfsplan aufgenommen wurden. Die damalige Grüne/SPD-Landesregierung hat das Fördervolumen zwar erhöht – aber nicht soviel, wie vor der Wahl versprochen. Den richtigen Schlamassel aber hat die vorherige CDU - Landesregierung verursacht und einen Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro auflaufen lassen.

Die DKP sagt: Gesundheit ist ein Menschenrecht und staatliche Kernaufgabe und muss für alle Einwohner unseres Landes kostenlos sein.